

Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e. V. (KFIBS)

– Analyse –

Die Entwicklung europapolitischer Pläne deutscher Parteien im Bereich der GASP/GSVP

Ein Vergleich der Wahlprogramme der Jahre 2019 und 2024

Autor: David Isken



KFIBS-Analyse

KFIBS-Forschungsgruppe „Europa/EU“

Nr. 2(2)

Juni 2024

KFIBS-Analysen bieten aufschlussreiche Beschreibungen historischer und aktueller politischer Entwicklungen. Die Beiträge zielen darauf ab, die jüngsten politischen Ereignisse darzustellen und zu erklären, einschlägige Forschungsergebnisse zusammenzufassen und Hypothesen zu zukünftigen politischen Trends und Ergebnissen aufzustellen. **KFIBS-Analysen** fördern die Diskussion und sollen so zu den laufenden Debatten im akademischen Bereich und in der breiten öffentlichen Diskussion beitragen.

Die Entwicklung europapolitischer Pläne deutscher Parteien im Bereich der GASP/GSVP

Ein Vergleich der Wahlprogramme der Jahre 2019 und 2024

Autor: David Isken

Junior Fellow und *Young Scholar* des KFIBS e. V. sowie u. a. Mitglied und Autor der KFIBS-Forschungsgruppe „Europa/EU“
E-Mail: david.isken@kfibs.org

Zusammenfassung

Diese Analyse untersucht die Wahlprogramme ausgewählter deutscher Parteien anlässlich der Europawahl 2024 und ihrer programmatischen Ziele im Bereich der GASP/GSVP. Hintergrund ist die von Kanzler Scholz seinerzeit angekündigte sogenannte Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine seit Februar 2022 auf der einen Seite und des jahrelangen Konflikts um eine stärkere Rolle der Europäischen Union (EU) als außenpolitischer Akteur auf der anderen Seite. Es wird die erkenntnisleitende Frage gestellt, inwiefern die Parteien bereits jetzt im Zuge der Europawahl im Juni 2024 einen programmatischen Wandel vollziehen und wie sich dieser in ihren Zielen im Bereich der GASP und GSVP niederschlägt. Dazu wurden die Wahlprogramme der Union (CDU/CSU), der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), von Bündnis 90/Die Grünen und der Freien Demokratischen Partei (FDP) der Jahre 2019 und 2024 untersucht und miteinander verglichen. Es hat sich herausgestellt, dass es vor allem bei der SPD und bei den Grünen zu signifikanten deklaratorischen Veränderungen in früheren als „unverletzlich“ zu bezeichnenden Politikfeldern gekommen ist. Kurzum: Die SPD hat sich in ihrer Grundhaltung zur Rolle militärischer Gewalt neu positioniert, während die Grünen von ihrer Haltung zum Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag abgerückt sind.

Die Entwicklung europapolitischer Pläne deutscher Parteien im Bereich der GASP/GSVP

Ein Vergleich der Wahlprogramme der Jahre 2019 und 2024

David Isken

Einleitung

Der Krieg in der Ukraine hat Deutschland nachhaltig verändert. Selbst unberührt von der direkten militärischen Auseinandersetzung in Osteuropa wurden die vermeintlichen Gewissheiten in der Außenpolitik des Landes der letzten dreißig Jahre von jetzt auf gleich auf den Kopf gestellt. Und mitdrin in diesem „Identitätschaos“: politische Parteien, die versuchen, mit den neuen Realitäten irgendwie zurechtzukommen. Konservativ-liberale Parteien auf der rechten Seite und sozialdemokratisch-sozialistische Parteien auf der linken Seite des politischen Spektrums sind mit einer deutschen strategischen Kultur konfrontiert, deren Daseinsberechtigung infrage steht. Mit seiner „Zeitenwende“-Rede im Deutschen Bundestag hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zwar schon eine – wenigstens rhetorische – Wende in der deutschen strategischen Kultur eingeleitet; doch während die politischen Entscheidungsträger(innen) darum ringen, die Erwartungen nationaler wie internationaler Beobachter(innen) zu erfüllen, versucht eine weitere Akteurin, einen angemessenen Umgang mit dem Konflikt zu finden: die EU.

Aufgrund ihrer geografischen Nähe und der potenziellen Verwundbarkeit ihrer osteuropäischen Mitgliedstaaten vor weiterer russischer Aggression hat die EU bis heute umfangreiche Maßnahmen ergriffen, worunter insbesondere milliardenschwere finanzielle und materielle Hilfe durch die Europäische Friedensfazilität (EFF) fallen (vgl. z. B. European Council 2024). Die EU befindet sich an einem

neuralgischen Punkt: Trotz ihrer sehr begrenzten außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Kompetenzen setzen viele Akteure ihre Hoffnung in eine wie auch immer geartete Verteidigungsunion. Ein Grund dafür ist auch die drohende unilaterale Außenpolitik von Donald J. Trump als zumindest potenzieller nächster US-Präsident, wodurch die Europäer ihren mit Abstand wichtigsten Verbündeten verlieren könnten.

In Anbetracht der jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) in Verbindung mit der militärischen Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Russland stellt sich die Frage, inwiefern die deutschen Parteien dieses Momentum genutzt haben, um einen programmatischen Wandel zu vollziehen. In dieser KFIBS-Analyse wird deshalb ein vergleichender Blick auf die Wahlprogramme der Unionsparteien, d. h. der Christlich Demokratischen Union (CDU) und der Christlich-Sozialen Union (CSU), der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP geworfen. Es wird versucht, herauszufinden, wie sich außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Ansichten verändert haben und wie sich dies in den Vorstellungen von der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie von der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) konkret niederschlägt. Verglichen werden zum einen die Wahlprogramme untereinander, zum anderen diese in ihrem zeitlichen Verlauf. Das heißt: Es werden nicht nur die Dokumente des Jahres 2024 untersucht, sondern auch diejenigen des Jahres 2019. Es wird erwartet, dass sich bestimmte

parteiliche Positionen, die in die strategische Kultur Deutschlands der Jahre vor der Invasion russischer Streitkräfte in die Ukraine eingebettet waren, in eben jenen EU-Wahlprogrammen der vergangenen Wahl noch widerspiegeln und somit eine Kontrastierung möglich ist.

CDU und CSU – die Union

Die CDU/CSU des Jahres 2019, wenn man so will, strebte an, die GASP in ihren Entscheidungsstrukturen grundsätzlich zu stärken. Das Einstimmigkeitsprinzip, was dort (bis heute) vorherrscht, sollte durch ein qualifiziertes Mehrheitsentscheidungsverfahren ersetzt werden (vgl. CDU/CSU 2019: 16). Außerdem sprach sich die Union für einen Europäischen Sicherheitsrat sowie für die Einbindung von Großbritannien in diesen aus. Mit einer gestärkten GASP sollte auch einem aggressiven Russland begegnet werden. Mit dem Ziel einer „Energieunion“ wollte man der russischen Regierung unter Wladimir Putin ein entscheidendes Druckmittel nehmen (vgl. ebd.: 17). Die Union plädierte ferner für die Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen Russland, bis das Minsker Abkommen abgeschlossen ist. Vollständig abbrechen wollte man das bilaterale Verhältnis zu Moskau jedoch nicht. Diplomatie, so heißt es im Parteiprogramm, stehe an erster Stelle, ebenso sei die Zusammenarbeit mit Russland in den Bereichen „Abrüstung“ und „Klimawandel“ eine Notwendigkeit (vgl. CDU/CSU 2019: 17). Deutlich konkreter gefasst sind allerdings die Pläne der CDU/CSU im Bereich der GSVP.

Diese wird zuvorderst durch und mit der NATO gedacht, sozusagen als Pfeiler der „transatlantischen Rückversicherung“ (CDU/CSU 2019: 17). Diese hauptsächlich durch die USA gewährleistete „Schutzgarantie“ existiert grundsätzlich durch zwei Komponenten: den in Artikel 5 des

Nordatlantikvertrags von 1949 kodifizierten Bestand und die erweiterte nukleare Abschreckung. In der Nuklearwaffenforschung bedeutet „Rückversicherung“ (*assurance*), dass der nukleare Protektor den Protegés durch verschiedene Handlungen oder deklaratorisch signalisiert, dass er diesen im Ernstfall auch durch den Einsatz seiner Nuklearwaffen beisteht (vgl. z. B. Yost 2009: 755). Die CDU/CSU meint in diesem Fall jedoch auch, dass die NATO mit den USA als dem stärksten Bündnispartner eine Rückversicherung *per se* darstellt.

Dem Ziel des Aufbaus einer Europäischen Verteidigungsunion (EVU) wiederum geht auch die Forderung der USA voraus, dass die Europäer mehr in ihre eigene Sicherheit und Verteidigung investieren sollten (vgl. CDU/CSU 2019: 17). Man bekommt daher den Eindruck, dass die im Folgenden skizzierten Initiativen zuvorderst den Bedürfnissen der NATO und denen der USA dienen sollen. Dieses Mantra wird am besten durch den folgenden Satz deutlich, der dem CDU/CSU-Programm wörtlich entnommen ist: „Wir bleiben transatlantisch und werden zugleich europäischer“ (ebd.). Die EU-Mitgliedstaaten sollen folglich künftig verstärkt ihre Beschaffungsmaßnahmen stärker aufeinander abstimmen und dabei auf die Koordinierung der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) und bei den finanziellen Mitteln auf den Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) setzen (vgl. ebd.: 17-18). Bis zum Jahr 2030 sollen ferner gemeinsame europäische Streitkräfte aufgestellt werden. Dazu passt auch das Ziel, eine Art *EU Rapid Response Force* für eine akute Krisenintervention in unmittelbarer geografischer Nähe aufzustellen (vgl. ebd.: 17). Auch wenn die CDU/CSU das Thema „Verteidigung“ schon im Jahr 2019 sehr konzise als Teil der Sicherheit der EU mitdachte, so wird bei der Union in diesem Jahr die EU in erster Linie als „Friedensmacht“ bezeichnet, deren Außenpolitik „wertegeleitet“ sei (CDU/CSU

2019: 16, 17) und sich am Prinzip des Multilateralismus orientiere (vgl. ebd.: 17).

Am 11. März 2024 stellten die Christdemokraten in Berlin ihr Wahlprogramm für die Wahlen zum EP desselben Jahres vor. Das Programm ist gekennzeichnet durch *drei* thematische Säulen: (1) „Mit Sicherheit Frieden und Freiheit für Europa“ (GASP/GSVP, Asylpolitik), (2) „Mit Sicherheit Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit“ (Handelspolitik, Klimapolitik, Fiskalpolitik) und (3) „Mit Sicherheit mehr Zusammenhalt in Europa“ (Jugend- und Bildungspolitik, Institutionsgefüge, Erweiterungspolitik) (CDU/CSU 2024: II, CDU 2024). Die GASP/GSVP steht damit an *erster* Stelle des insgesamt 27-seitigen Programms. Die Christdemokraten und Christsozialen wollen allen voran die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärken, das mache, so die Argumentation, schließlich der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine notwendig (vgl. CDU/CSU 2024: 3). Die Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten sollen zukünftig „im Sinne einer gestärkten europäischen Verteidigungsunion“ enger zusammenarbeiten. Diese soll jedoch „in die Strukturen der NATO [Anm. d. Verf.: eingebettet]“ sein (ebd.: 3). Neben Kontinuität in bislang nicht umgesetzten institutionellen Vorhaben wie der Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungsverfahren im Rat (vgl. ebd.: 5) fällt auf, dass von dem Ziel eines Europäischen Sicherheitsrates nichts mehr zu lesen ist. Umgesetzt wurde dieser zwischenzeitlich nämlich nicht. Stattdessen gibt es mit der Einsetzung eines EU-Kommissars für Verteidigung ein durchaus erwähnenswertes neues institutionelles Vorhaben (vgl. ebd.: 4). Darüber hinaus werden ambitionierte rüstungspolitische Vorhaben in den Raum gestellt, wie die gemeinsame europäische Beschaffung von Drohnen oder sogar von Flugzeugträgern (vgl. ebd.: 3).

Es muss zudem noch einmal ausdrücklich betont werden, dass die Verteidigungsunion nicht als potenzieller Ersatz oder als eine für sich stehende Institution außerhalb der NATO verstanden werden soll. Es wird das Credo des Vorgängerprogramms wiederholt, nämlich insofern, als dass man „transatlantisch bleiben und europäischer werden [Anm. d. Verf.: möchte]“ (CDU/CSU 2024: 3). Die Bedeutung dieser Floskel wird daran deutlich, dass sie von hochrangigen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern, so u. a. auch von einigen Personen aus dem christdemokratischen Lager, zwischen den Jahren 2019 und 2024 in verschiedenen Varianten wiederholt worden ist. So sagte z. B. Annegret Kramp-Karrenbauer im November 2020 vor Studierenden der Universität der Bundeswehr Hamburg (auch genannt: Helmut-Schmidt-Universität), dass man „europäischer werden [Anm. d. Verf.: müsse], um transatlantisch zu bleiben“ (Kramp-Karrenbauer 2020: 11). Ferner kann man dem Programm entnehmen, dass die Zusammenarbeit mit Russland auf Eis gelegt wird. Von einer Zusammenarbeit in den Bereichen „Umweltschutz“ und „Abrüstung“ ist keine Rede mehr. Man hoffe stattdessen darauf, dass es eines Tages „mit einem anderen Russland“ eine neue Art der Zusammenarbeit geben werde (vgl. CDU/CSU 2024: 4).

Eine Betrachtung der Wahlprogramme der Jahre 2019 und 2014 offenbart somit eine weitestgehend unveränderte strategische Ausrichtung der CDU/CSU in der GASP/GSVP. Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der EU genießt eine hohe Priorität bei der Union, deren Anforderungen werden jedoch weniger im Hinblick auf eine europäische Souveränität in diesem Politikfeld betrachtet, sondern vielmehr durch die Linse eines starken Pfeilers innerhalb der NATO. Dies ist also weiterhin aus CDU/CSU-Sicht der „Königsweg“ auch nach der russischen Völlinvasion in der Ukraine.

Die SPD

Ungefähr zur Hälfte des insgesamt 40-seitigen EU-Wahlprogramms des Jahres 2024 stellen die Sozialdemokraten ihre Pläne für „[e]in starkes Europa in der Welt“ vor (SPD 2024: 18). Es geht demnach um die GASP der EU. Die Feststellung, dass Europa eine „Friedensmacht“ (ebd.) in der Welt ist und die Diplomatie sowie die „zivile Krisenprävention“ auch weiterhin nicht vernachlässigt werden dürfen (ebd.: 19), wird durch einen auffälligen neuen Ton gewissermaßen konterkariert, der, wie im weiteren Verlauf dieses Abschnitts noch zu zeigen sein wird, dem Programm der SPD von 2019 nicht zu entnehmen war. In Anbetracht des „brutalen russischen Angriffskrieg[s]“ (ebd.: 2) auf die Ukraine stellen die Sozialdemokraten fest, dass „militärische Stärke wichtig“ (ebd.: 19) ist, um Europa nach außen zu schützen. Bezugspunkt ist hier die mehrdimensionale Entspannungspolitik des früheren SPD-Bundeskanzlers Willy Brandt. Dies ist eine erstaunliche Passage, da Brandts Politik der Annäherung von manchen Sozialdemokraten mitunter als Argument gegen eine dezidierte Militärpolitik ins Feld geführt wird (vgl. Zürn 2024). Weiterhin heißt es im SPD-Programm, dass sowohl der europäische Pfeiler in der NATO als auch gemeinsame europäische verteidigungspolitische Konzepte wie die *European Sky Shield Initiative* (ESSI) gestärkt werden sollen.

Ein weiteres erwähnenswertes Ziel der SPD ist der Aufbau einer europäischen Armee bzw. einer EU-Armee, wobei die Harmonisierung von Ausbildungsstandards, Beschaffungsprojekten, u. a. innerhalb der EU, wichtige Schritte auf dem Weg hin zu diesem Ziel wären (vgl. SPD 2024: 20). Ferner möchte man nun darauf hinarbeiten, mindestens (!) zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in die Verteidigung zu investieren. Dieses primär nationale Ziel wird mit verstärkten gemeinsamen verteidigungspolitischen Maßnahmen unter den EU-

Mitgliedstaaten sowie mit einer Aufstockung des Verteidigungsfonds verknüpft (vgl. ebd.: 19-20). Die Sozialdemokraten wagen darüber hinaus einen Schritt in Richtung einer „lockeren“ Rüstungsexportpolitik. „Lockerer“ bedeutet in diesem Kontext, dass man sich herausnimmt, auch Rüstungsgüter in Krisengebiete zu liefern, wie es in der Ukraine *de facto* getan wird. Das Wahlprogramm offenbart aber auch, dass die SPD mit diesem Vorhaben durchaus noch hadert. Denn die vorherige Darstellung der Rüstungsexportpolitik kann nur sehr mühsam zwischen den Zeilen gelesen werden. So will man einerseits „strategische Partner besser und zuverlässiger unterstützen“ (ebd.: 20), andererseits müsse verhindert werden, dass Rüstungsgüter nur diejenigen strategischen Partner erhalten, denen man diese in erster Linie zukommen lassen möchte (vgl. ebd.: 21).

Es wurde bereits angedeutet, dass das SPD-Wahlprogramm des Jahres 2019 einen anderen Impetus in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat. Die Kapitelüberschrift zur GASP/GSVP zielt darin der Begriff „Friedensmacht“ (SPD 2019: 59). Obwohl Russlands Vorgehen mit Blick auf die Annexion der Krim im Jahr 2014 eindeutig verurteilt wird, die Rede ist von „Angriffe[n] auf Völkerrecht und Staatensouveränität“ (ebd.), spielen Verteidigung oder Militärpolitik nur eine geringe Rolle in diesem Wahlprogramm. Willy Brandt findet hier auch schon Erwähnung, allerdings als Beweis für die Wirksamkeit der „Politik des Dialogs“ (ebd.: 61). An vorderster Stelle steht deshalb wohl auch die Entwicklungspolitik als Kern der Außenpolitik und Abrüstung im Zentrum der Sicherheitspolitik. Ferner soll Rüstungsexportkontrolle restriktiv gehandhabt werden. Und es sollen weder Waffen noch Rüstung in Krisengebiete geschickt werden. Mit Russland empfiehlt die SPD von 2019 den Dialog, da Frieden in Europa nicht gegen, sondern „nur mit Russland“ möglich sei (vgl. SPD 2019: 63 f.). Damit unterscheidet sich die SPD-Position in diesem Punkt nicht

sonderlich von der Union, die mit Russland in Abrüstungs- und Klimafragen ebenfalls den Diskurs aufrechterhalten wollte. Mit der Union deckt sich darüber hinaus auch die Forderung nach einem EU-Außenminister (vgl. SPD 2019: 63). Wie unbeliebt das Militärische bei der SPD ist, wird an dem Programmpunkt zur europäischen Armee ersichtlich. Denn die SPD sieht in der EU-Armee nicht zuletzt eine Möglichkeit, der Forderung der NATO nach höheren Verteidigungsausgaben zu entgehen. Eine europäische Armee aus den Kräften aller EU-Mitgliedstaaten sei nämlich so schlagkräftig, als dass es keiner zusätzlichen nationalen Ausgaben bedarf (vgl. SPD 2019: 63). Salopp ausgedrückt: Das sogenannte Zwei-Prozent-Ziel der NATO ist eher unpopulär gewesen.

Nicht zuletzt aufgrund der wenigen programmatischen Ideen im Bereich der GASP/GSVP des EU-Wahlprogramms der SPD des Jahres 2019 sticht der dogmatische Wandel des Europa-Wahlprogramms der SPD aus dem Jahr 2024 hervor. Der Rekurs auf Willy Brandt im Sinne einer neuen Lesart seiner Politik ist dabei vermutlich die auffälligste Textstelle. Es ist die Annahme eines neuen strategischen Narrativs, welches Friedens- und Entwicklungspolitik mit der ungeliebten Militärpolitik vereinen will.

Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialdemokratischen Partei, dass ein weniger beliebter Kurswechsel vollzogen wird. Die Atomwaffenpolitik der SPD seit dem Beginn des Ost-West-Konflikts steht stellvertretend für die Fähigkeit der Partei zur Anpassung in sicherheitspolitischen Ausnahmesituationen. Dazu ist zunächst einmal Helmut Schmidts Befürwortung der Stationierung von Pershing-II-Mittelstreckenraketen zu zählen, und das im Rahmen des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses des Jahres 1979. Schmidt wollte Deutschland in

einer Zeit großer Spannungen mit der Sowjetunion und deren Stationierung von SS-20-Mittelstreckenraketen stärker im US-amerikanischen Schutzschirm verankern – ein letztlich rein sicherheitspolitisches Kalkül seinerseits (Colbourn 2022: 68). Aber bereits im Jahr 1960 positionierte sich die SPD offiziell befürwortend gegenüber einer NATO-Atomstreitmacht. Maßgeblichen Einfluss auf diese Entscheidung nahm damals, zumindest nach den Schilderungen von Martin Kempe, u. a. der Sozialdemokrat Fritz Erler, der einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, wie sie in den 1950er-Jahren durchaus diskutiert wurde, nicht als Gotteslästerung begriff, sondern eine solche durchaus erwog (vgl. Kempe 1973: 86). Eine weitere maßgebende Persönlichkeit war auch schon damals Helmut Schmidt, der in seinem Buch „Sozialdemokratische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (1969) sinngemäß schrieb, dass die Diskussion über eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr ebenbürtig mit anderen Fragen der militärischen Auf- und Ausrüstung diskutiert werde, sprich ein durchaus legitimer und nicht exotischer Debattebeitrag sei (vgl. ebd.: 88). Auch der militärische Rekurs, wenn man so will, ist historisch weiter zu kontextualisieren, als dies auf den ersten Blick ersichtlich erscheint. Denn auch Willy Brandt wird in der Nuklearwaffen-debatte als Befürworter einer NATO-Atomwaffenstreitmacht erwähnt, nämlich, wenn auch ein wenig spöttisch, von Franz Josef Strauß (CSU), dem damaligen Bundesminister der Verteidigung (vgl. ebd.: 91).

Im Parteiprogramm der „Europa-SPD“ wurde zumindest deklaratorisch ein Wandel vollzogen. Es scheint sich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass im Rahmen einer aktiven Außenpolitik in Krisenzeiten der Aspekt des Militärischen nicht vernachlässigt werden sollte. Was dies für die politische Praxis bedeutet, bleibt indes abzuwarten.

Bündnis 90/Die Grünen

„Frieden schützt“ (Grüne 2024: 62), so lautet die Kapitelüberschrift des Wahlprogramms der Grünen für die Europawahl 2024, in welchem es u. a. um die GASP/GSVP geht. Schon der erste Abschnitt des Kapitels hat den russischen Angriffskrieg und dessen Wirkung für das „Friedensprojekt Europa“ zum Inhalt (ebd.). Wie die SPD und die Union wollen auch die Grünen die Säule der GASP in der Union stärken: Im Rat sollen zukünftig Beschlüsse mit einer qualifizierten Mehrheitsentscheidung getroffen werden. Das Amt des Hohen Vertreters der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, eine Position, die der EU-Kommission angegliedert ist, soll in einem europäischen Außenminister bzw. in einer europäischen Außenministerin aufgehen. Ferner möchten die Grünen den diplomatischen Dienst der EU, ganz konkret den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), in seinen Qualitäten stärken – und das durch einen personellen Ausbau und durch die Etablierung einer Diplomatenakademie (vgl. ebd.: 64-65). Deutlich ambitionierter sind indes die Pläne für eine „Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion“, wie es im Wahlprogramm des Jahres 2024 offiziell heißt. Das betreffende Kapitel beginnt, wie schon bei den Sozialdemokraten, mit der Erkenntnis, dass, wenn es die Lage erfordert, ein starkes Militär zur Verteidigung der europäischen Interessen notwendig ist (vgl. ebd.: 69). Neben der Erzeugung von Synergien in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwischen den EU-Mitgliedstaaten und der Betonung gemeinsamer NATO-EU-Kapazitäten werfen die Grünen interessanterweise auch einen Blick auf die baltischen Staaten und auf die Notwendigkeit, diese vor der russischen Aggression bestmöglich zu schützen. Die Partei verknüpft damit Allgemeinpositionen, wie man sie auch in den anderen Wahlprogrammen findet, mit detailreicheren Bezügen zur aktuellen Situation in der EU (vgl. ebd.). Auch die Pläne zur gemeinsamen Finanzierung von

Beschaffungsprojekten ist erstaunlich konkret. So planen die Grünen die Schaffung eines neuen allumfassenden „außerbudgetäre[n]“ (ebd.) Finanzinstruments für militärisch-industrielle Forschung, gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern und noch viel mehr.

In diese Reihe von Auffälligkeiten reiht sich außerdem noch eine neue Haltung zu Nuklearwaffen ein. So bekennt man sich zwar zu einer nuklearwaffenfreien Welt, jedoch sollen die EU-Mitgliedstaaten lediglich zur Beobachtung des Nuklearwaffenverbotsvertrags ermutigt werden und nicht zu dessen Beitritt (vgl. Grüne 2024: 71). Das sah im Jahr 2019 noch vollkommen anders aus. In ihrem Europa-Wahlprogramm von 2019 erklären die Grünen, dass die EU ihre Mitglieder dazu auffordern soll, dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten (vgl. Grüne 2018: 140). Dies impliziert zumindest die Aussage, dass die EU für ein „atomwaffenfreies Europa“ ihre Mitglieder zur Unterzeichnung des „UN-Vertrags auffordern“ soll (ebd.: 140). Der Kontrast zum Jahr 2023/2024 könnte nicht größer sein. Es ist zugleich die Aufgabe eines identitätsstiftenden Mantras eines jeden Politikers, der sich ernsthaft für eine atomwaffenfreie Welt einsetzt. Denn dagegen ist der sogenannte Atomwaffensperrvertrag (Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, kurz: NVV) lediglich eine Zementierung des *Status quo* und bietet kaum Spielraum über die reine Begrenzung von Nuklearwaffen hinaus. Um diesen Kontrast noch deutlicher zu machen: Noch am 12. Februar 2021 brachte die Fraktion der Grünen einen Antrag im Deutschen Bundestag ein, dessen Ziel der Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag war (vgl. Keul et al. 2021). Der Antrag ging dabei sogar noch über dieses Ziel hinaus: Es wurde das Ziel einer schrittweisen Abkehr der NATO von der Strategie der nuklearen Abschreckung gefordert. Aus diesem Grund sollte Deutschland auch die anderen NATO-Mitglieder zu einem

Beitritt zum Verbotvertrag bewegen. Auch wenn dies als ein besonderer Punkt aufgenommen wurde, so musste die logische Konsequenz des Antrages sein, auch die US-amerikanischen nuklearen Gefechtsfeldwaffen aus dem Fliegerhorst Büchel zu entfernen (vgl. ebd.: 2).

Müsste man die GSVP-Pläne der Grünen von 2019 insgesamt unter einem Begriff zusammenfassen, so wäre vermutlich „restriktiv“ das passende Wort. Ferner wird das Haushaltsziel der NATO, nämlich zwei Prozent des BIP in die Verteidigung zu investieren, abgelehnt. Insgesamt befürwortet man zwar die europäische Integration im Verteidigungsbereich, allerdings nur dann, wenn es um die technische Anpassung von bestimmten Fähigkeiten geht (vgl. Grüne 2018: 141). GSVP-Missionen hingegen sollten den Mitgliedstaaten zur Entscheidung gestellt werden, außereuropäische Initiativen wie die Europäische Interventionsinitiative werden verworfen. Das EU-Parlament soll insgesamt größere Befugnisse in der Bewertung von GSVP-Missionen und bei der Kontrolle der Verwendung von Mitteln des Verteidigungsfonds erhalten (vgl. ebd.: 141-142).

Im Rahmen der GASP-Programmpunkte des Jahres 2019 ist schließlich noch folgender Punkt anzuführen: Der EAD sollte schon damals qualitativ gestärkt werden, z. B. durch eine Diplomatenakademie (vgl. Grüne 2018: 138). Damit wollte man seinerzeit allerdings insbesondere die zivilen Fähigkeiten der GASP stärken. Das Zivile sollte gegenüber dem Militärischen klar gestärkt werden. Die Grünen kritisieren insgesamt einen „fatalen Paradigmenwechsel“ (ebd.), weil in der Vergangenheit offenbar monetäre Mittel für militärische Zwecke aus zivilen Töpfen genommen wurden (vgl. ebd.). Für die Russlandpolitik bedeutete dies nichts anderes: Eine Lösung im schon damals bestehenden russisch-ukrainischen Konflikt sahen die Grünen in der Diplomatie und nicht in einer Lösung auf dem Schlachtfeld (vgl.

ebd.: 131). Ähnlich wie die Union sah man auch bei den Grünen die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit in gemeinsamen Politikfeldern wie der Abrüstung (vgl. ebd.: 131-132).

In diesen allgemein antimilitaristischen Tenor reihen sich auch detaillierte Ausführungen ein, die Rüstungsexporte in Krisengebiete zum Thema haben. Auch diese lehnten die Grünen damals grundsätzlich ab – mit Ausnahme von begründeten UN-Mandatierungen (vgl. 2018: 139). In ihrem Programm von 2024, und das ist ein weiterer auffälliger Aspekt, haben sie diese Haltung jedoch (notwendigerweise) revidiert bzw. abgeschwächt. Man hat sich nun auf das Ziel verständigt, keine Waffen mehr an Regime zu liefern, die Menschenrechtsverletzungen begehen (vgl. Grüne 2024: 70).

Es lässt sich daher festhalten, dass die russische Invasion in der Ukraine sichtbaren Einfluss auf die Pläne der Grünen hinsichtlich der GASP/GSVP genommen hat. Dies zeigt sich im Besonderen am Aspekt der neuen Nuklearwaffenpolitik der Partei.

Die FDP

Wie für die in dieser Analyse vorangegangenen Parteien dient die russische Völlinvasion in der Ukraine auch im Wahlprogramm des Jahres 2024 bei den „Freien Demokraten“ (Eigenbezeichnung) zur Standortbestimmung der internationalen Politik, in deren Krisenmodus sich auch die EU als Staatenverbund befindet (vgl. FDP 2024: 12). Die Freien Demokraten skizzieren vor diesem Hintergrund zunächst Pläne und Ziele zur Einbindung der Ukraine in das westliche Bündnisssystem – das bedeutet ganz konkret: der NATO und der EU. Russland hingegen soll „in multilateralen Organisationen [Anm. d. Verf.: isoliert]“ werden (ebd.: 13). Im weiteren Verlauf wird erörtert, wie eine GASP zukünftig gestaltet werden soll. Insgesamt soll die EU in diesem

Politikfeld erheblich mehr Befugnisse als noch zuvor erhalten. Dabei sind die Forderungen mit den anderen deutschen Parteien weitestgehend identisch. In der GASP soll das Einstimmigkeitsprinzip ersetzt werden, der Hohe Vertreter für die GASP zu einem EU-Außenminister „aufgewertet werden“ (ebd.) und zusätzlich das Amt des Kommissars für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik geschaffen werden (vgl. ebd.: 13). Die EU soll außerdem kohärenter und vernetzter in der GASP agieren und „mit einer Stimme sprechen“ (ebd.). Auch die Schaffung einer Verteidigungsunion ist ein erklärtes Ziel, und zwar als Zwischenziel zu einer europäischen Armee bzw. einer EU-Armee. Die Freien Demokraten konkretisieren auch, wie eine solche institutionell verankert werden soll, nämlich ähnlich dem bundesrepublikanischen Modell im Sinne einer Parlamentsarmee und „unter gemeinsamem Oberbefehl“ (ebd.). Weitestgehend deckungsgleich mit den Plänen der anderen untersuchten deutschen Parteien ist auch die Stärkung der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (kurz: PESCO), des Verteidigungsfonds und der gemeinsamen Rüstungsexporte (vgl. ebd.). Darüber hinaus befürworten die Freien Demokraten die Schaffung eines Europäischen Sicherheitsrats (ESR) (vgl. ebd.: 14). Auch für Deutschland wünschten sich die Freien Demokraten ein solches Gremium, scheiterten aber mit dessen Etablierung. Die erste Nationale Sicherheitsstrategie für Deutschland vom Juni 2023 wurde schließlich ohne einen Sicherheitsrat festgelegt. Die FDP versucht ganz offensichtlich, auf europäischer Ebene ein Problem mangelhafter außen- und sicherheitspolitischer Koordinierung zu lösen. Zumindest wird dies als Zweck hinter dem Nationalen Sicherheitsrat angegeben (vgl. Korbaki 2023). Es gibt dabei auch ein paar erwähnenswerte Überschneidungen, so beispielsweise mit dem Programm der Union. So fordern die Freien Demokraten die Schaffung eines politischen Vertreters für den Bereich „Verteidigung“, und das im Rang eines

Kommissars (vgl. FDP 2024: 13). Eine weitere Gemeinsamkeit, allerdings bei grundsätzlich allen Parteien in mal mehr, mal in weniger stark ausgeprägter Form, ist die Betrachtung der GASP/GSVP als Teilfähigkeit der NATO. Bei der FDP sticht jedoch das Detail hervor, dass EU und NATO im Sinne eines nach Aufgaben geteilten Bündnisses agieren sollten (vgl. FDP 2024: 14). Dies ist ein organisatorisch nicht zu vernachlässigendes Detail.

Und wie war das im Jahr 2019? Im Zentrum der Vorstellung einer GASP stand zum damaligen Zeitpunkt weniger eine ausgefeilte Sicherheitspolitik, sondern vielmehr eine stärker humanitär ausgerichtete Außenpolitik (vgl. FDP 2024: 56). Dies ist, ganz allgemein für diese Analyse gesprochen, nicht allzu verwunderlich, da sich vor der sicherheitspolitischen Zäsur im Februar 2022 die EU noch als Staatenverbund verstanden hat, der durch seine gemeinsamen Werte und besonders durch seine Entwicklungspolitik hervorstach – ungeachtet der Tatsache, dass es seit Jahrzehnten den Anspruch gibt, auch in sicherheits- und verteidigungspolitischen Belangen mehr Engagement zu zeigen (vgl. etwa Jones 2007). Ansonsten liest man auch schon in diesem Programm von Forderungen nach einem europäischen Außenminister, nach einem Auftritt „mit einer Stimme“ (FDP 2019: 56) oder nach einem qualifizierten Mehrheitsverfahren im Rat (vgl. ebd.: 57). Auch ein ESR ist wie bei der Union ein Vorhaben vergangener Tage gewesen, um einen inneren Zusammenhalt europäischer Außenpolitiken der EU-Mitgliedstaaten zu bewirken (vgl. ebd.: 57).

Im Jahr 2019 waren die europäisch-amerikanischen Beziehungen sehr stark durch die Präsidentschaft von Donald J. Trump und dessen erratischer Politik geprägt. Für die FDP hatte dies jedoch grundsätzlich nichts an ihrer Haltung geändert, dass die USA nach wie vor der wichtigste Partner der EU seien (vgl. FDP 2019: 58). Auch das Verhältnis zu

Russland thematisieren die Freien Demokraten. Sie fordern eine Politik des Balanceakts. Sanktionen seien so lange wichtig, wie sie dem Frieden in der Ukraine dienlich sind. Doch selbst nach der Krim-Annexion und der Gewalt in der Ostukraine glaubten die Freien Demokraten wie auch die anderen Parteien damals an eine gemeinsame Zukunft mit und nicht gegen Russland. Es wird in diesem Zusammenhang die Politik des ehemaligen liberalen Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher ins Feld geführt (vgl. ebd.). Es war ebenfalls bereits das Jahr 2019, in dem die FDP – wie im Übrigen auch die SPD – das Ziel vertrat, eine europäische Armee schaffen zu wollen. Auf dem Weg dorthin sollte in der EU eine Verteidigungsunion gebildet werden, in der die EU-Mitgliedstaaten zunehmend ihre strategischen und rüstungspolitischen Vorhaben miteinander abstimmen. Die FDP empfahl dazu ein Austauschprogramm von Soldatinnen und Soldaten (vgl. ebd.: 61), die Etablierung von PESCO oder eine mehrere EU-Mitgliedstaaten umfassende Europäische Interventionsinitiative (vgl. ebd.: 62). So wie die Grünen sahen die Freien Demokraten auch Rüstungsexporte in Krisengebiete kritisch und strebten innerhalb der EU zumindest eine Angleichung der Politiken der Mitgliedstaaten der EU an. Im FDP-Wahlprogramm des Jahres 2024 ist man von dieser Linie nicht grundsätzlich abgerückt und hat wie die Grünen den Kreis der potenziellen Empfänger von Rüstungsgütern auf demokratische Empfängerstaaten begrenzt. In der entsprechenden Auflistung befindet sich übrigens auch die Ukraine (vgl. FDP 2024).

Ein Vergleich der Parteiprogramme der FDP offenbart viel Kontinuität bei gleichzeitig neuen institutionellen Projektideen zur Stärkung der GASP/GSVP in ihrer Handlungsfähigkeit, deutlich sichtbar etwa in der Forderung nach einem EU-Verteidigungskommissar, um die Kohäsion in der EU in diesem Politikfeld weiter zu befördern.

Fazit und Ausblick

Der Vergleich der Wahlprogramme von insgesamt vier deutschen Parteien hat vereinzelt einen programmatischen Wandel im Bereich der GASP/GSVP zutage gefördert. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine bestimmt mittlerweile das Stimmungsbild aller untersuchten Parteien. Viel Kontinuität halten die Wahlprogramme der CDU/CSU und der FDP bereit. Das verwundet allerdings nicht sonderlich, da deren Sicherheitspolitik schon in früheren Tagen weniger von Tabus und selbstaufgelegten Denkschranken bestimmt war, was insbesondere die Haltung zum Einsatz von militärischer Gewalt betrifft. Doch auch diesen Programmen haftet ein spürbarer Wandel an. So ist bei der Union nicht mehr länger die Rede davon, Russland in bestimmten Politikfeldern unbedingt einbinden zu müssen. Des Weiteren hat die FDP ihre Haltung zu den Rüstungsexporten an die Notwendigkeit des Krieges in der Ukraine angepasst, indem sie die Reichweite von Waffenlieferungen an das politische System des potenziellen Empfängerstaates geknüpft hat. Dadurch werden auch Rüstungsexporte in die Ukraine, inzwischen *de facto* ein Krisengebiet, für die Freien Demokraten vertretbar. Darüber hinaus halten die Programme von Union und FDP ein paar auffällige institutionelle Neuerungen bzw. Vorhaben bereit, angefangen von dem Ziel, gemeinsam Flugzeugträger zu bauen bis hin zu einem EU-Verteidigungskommissar.

Den auffälligsten Wandel haben allerdings die SPD und die Grünen vollzogen: Die SPD hat eine neue Lesart der Außenpolitik von Willy Brandt für sich entdeckt. Demnach darf Sicherheitspolitik nicht nur durch die Linse der Einbindung betrachtet werden, sondern es muss auch das Potenzial militärischer Gewalt (Stichwort: „Eindämmung“) Berücksichtigung finden. Die EU kann also auch eine „Friedensmacht“ sein, wenn sie den Einsatz von

Waffengewalt zumindest mit dem Ziel der Abwehr einer sicherheitspolitischen Bedrohung verknüpft. Eine weitere, kaum zu unterschätzende Erkenntnis ist die neue Haltung der Grünen zum unmittelbaren Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag. Dieses Ziel wurde noch im Jahr 2019 prominent vertreten. In Anbetracht des russischen Angriffskriegs und der unverhohlenen russischen Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen wurde vermutlich das zumindest unterstellte Abschreckungspotenzial von Nuklearwaffen erkannt. Die Grünen fordern nun nicht mehr den Beitritt zum besagten Verbotsvertrag, sondern empfehlen nur noch einen Beobachterstatus. Für eine Partei, die sich allein aus dem Protest gegen die zivile Nutzung von Kernkraft gebildet hat, ist das sehr auffällig. Außerdem ist durch den Ukraine-Konflikt zwangsläufig eine neue Haltung gegenüber Rüstungsexporten erkennbar, die sich nun nicht mehr so sehr an dem Motiv des Krisengebiets orientiert.

Was bleibt unter dem Strich? Es ist abzuwarten, wie die in dieser Analyse untersuchten vier Parteien ihre jeweilige Position in der GASP/GSVP in ihren Fraktionen einbringen und letztlich auch gegen die Kommission und den Rat artikulieren werden. Fest steht, dass Union, FDP, Grüne und SPD außen-, sicherheits- und verteidigungspolitisch näher aneinandergerückt sind, was die Suche nach gemeinsamen Positionen in diesem Politikfeld im EP erleichtern dürfte. Mit Blick in die Zukunft, die Lage in der Ukraine und auch in den USA mit eingeschlossen, kann eine klare Haltung zum Ausbau der GASP/GSVP nur hilfreich sein.

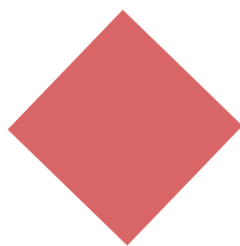
Literatur

- CDU/CSU (2019): Unser Europa macht stark. Für Sicherheit, Frieden und Wohlstand. Gemeinsames Europawahlprogramm von CDU und CSU, o. O.

- CDU/CSU (2024): Mit Sicherheit Europa. Für ein Europa, das schützt und nützt. Wahlprogramm von CDU und CSU zur Europawahl 2024, o. O.
- CDU (2024): Freiheit, Sicherheit, Wohlstand, in: CDU online, 11.03.2024, [online] <https://shorturl.at/jQlkg>.
- Colbourn, Susan (2022): Euromissiles: The Nuclear Weapons that Nearly Destroyed NATO, Ithaka.
- European Council (2024): EU solidarity with Ukraine, in: European Council, [online] <https://shorturl.at/vwyt8>.
- FDP (2019): Europas Chancen nutzen. Das Programm der Freien Demokraten zur Europawahl 2019, Berlin.
- FDP (2024): Entfesseln wir Europas Energie für mehr Freiheit und mehr Wohlstand. Das Wahlprogramm der Freien Demokraten zur Europawahl 2024, Berlin.
- Bündnis 90/Die Grünen (2018): Europas Versprechen erneuern. Europawahlprogramm 2019, Berlin.
- Bündnis 90/Die Grünen (2024): Was uns schützt. Europawahlprogramm 2024, o. O.
- Jones, Seth G. (2007): The Rise of European Security Cooperation, Cambridge/New York/Melbourne/Madrid/Cape Town/Singapore/São Paulo.
- Kempe, Martin (1973): SPD und Bundeswehr. Studien zum militärisch-industriellen Komplex, Köln.
- Keul, Katja et al. (2021): Deutscher Bundestag. 19. Wahlperiode. Antrag. Dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beitreten, Berlin.
- Korbaki, Marina (2023): FDP und Union kritisieren Aus für nationalen Sicherheitsrat, in: Spiegel Politik, 11.03.2023, [online] <https://shorturl.at/Qgyzi>.
- Kramp-Karrenbauer, Annegret/Bundesministerium der Verteidigung (2020): Rede der

Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, 17.11.2020, Berlin.

- SPD (2019): Kommt zusammen und macht Europa stark! Wahlprogramm für die Europawahl am 26. Mai 2019, Berlin.
- SPD (2024): Gemeinsam für ein starkes Europa. Das Wahlprogramm der SPD für die Europawahl 2024, o. O.
- Yost, David S. (2009): Assurance and US extended deterrence in NATO, in: *International Affairs*, 85. Jg., Nr. 4, S. 755-780.
- Zürn, Michael (2022): Willy Brandt richtig lesen. Zur Entspannung gehört von Anfang an die Eindämmung, in: *Tagesspiegel*, 07.04.2022, [online] <https://shorturl.at/gpPAv>.



David Isken,
Junior Fellow und *Young Scholar* des KFIBS
e. V. sowie u. a. Mitglied und Autor der
KFIBS-Forschungsgruppe „Europa/EU“
Kontakt: david.isken@kfibs.org
Webseite: <https://shorturl.at/x2T1w>

© Kölner Forum für Internationale
Beziehungen und Sicherheitspolitik e. V.
(KFIBS)

Diese KFIBS-Analyse gibt ausschließlich
die Meinung des Autors wieder.

KFIBS e. V.

Kölner Forum für Internationale
Beziehungen und Sicherheitspolitik,
eingetragener Verein

Alle Bilder wurden mit DALL-E erzeugt,
einem von OpenAI entwickelten KI-Modell
zur Bilderzeugung. Die Bilder wurden auf
der Grundlage spezifischer Eingabeauffor-
derungen für die KI erstellt, um die Analyse
und die Diskussion in diesem Paper visuell
zu unterstützen und zu verbessern.

Verantwortlich für Layout und Design:
Dr. Jakob Schwörer

